

Vorerinnerung.

In unserm Zeit. Alter, wo das Ansehen des Herkommens sichtbar gesunken ist, und wo man selbst unter dem grösseren Theile des Volks die Frage nicht selten hört: ob denn das, was einmal herkömmlich ist, auch so seyn müsse? möchte es wol selbst eine Forderung der Freyheit an diejenigen, welche ein Volk leiten sollen, seyn, es über seine Rechte so wie über seine Pflichten deutlich zu belehren, und ihm aus nichts ein Geheimniß machen zu wollen, was ihm so nahe liegt, daß es bald oder später doch einmal darnach fragen wird. So manches, worauf das Volk sonst weniger Acht haben mochte, läßt sich nun einmal seiner Untersuchung nicht mehr entziehen, und, wenn diese nicht durch verständigen Unterricht geleitet wird, so wird es häufig unreife und unkluge Urtheile fällen. Diese mit Machtsprüchen abweisen zu wollen, wäre ein unweises Mittel; man weist ja, daß bey ununterrichteten oder halbunterrichteten Menschen ihre Irrthümer gewöhnlich desto mehr Ansehen erhalten, und desto stärker festgehalten werden, je mehr man ihnen bloß rohe Gewalt entgegen setzt. Ueberzeugungen lassen sich nicht erzwingen, und Meinungen lassen sich nicht gewaltsam unterdrücken, aber leiten lassen sie sich, und das durch — Unterricht. —

Es ist ein richtiger und ansehnlicher Auftritt, wenn ein ganzes Volk zusammentritt, und seine Rechte Abgeordneten aus seiner Mitte überträgt, um auf rechtliche Art über sein Wohl, seine Befugnisse und Verbindlichkeiten zu unterhandeln. In einem solchen Falle ist jeder, in dessen Brust ein Herz für das all-

gemeine Beste schlägt, anfordert, öffentlich zu sagen, was nach seiner besten Einsicht zum Wohl des Ganzen anders geschehen könnte, als bisher, und die Stimme jedes einzelnen verdient Achtung und Aufmerksamkeit, wenn in seinen Aeußerungen patriotischer Sinn, gewissenhafte und unbefangene Ueberlegung und Bescheidenheit sichtbar ist.

Der Verfasser der gegenwärtigen Schrift ist es sich bewußt, mit seinem Vaterlande, das er liebt, es wahrhaftig redlich zu meinen. Er glaubte durch einige Winke seine Mitbürger auf einen Umstand aufmerksam machen zu müssen, der für den gegenwärtigen Zeitpunkt wichtiger ist, als er es in den früheren Zeiten unsrer Konstitution zu seyn schien, und deswegen auch jetzt zur Sprache gebracht und beherzigt zu werden verdient.

Er ist weit entfernt von der Anmassung, seine Ueberzeugung andern aufzudrängen; er legt sie ihnen vor, um Prüfungen zu veranlassen. Es war ihm nicht darum zu thun, etwas neues, sondern etwas wahres und nützlichcs zu sagen. Die kindische Neuerungsucht, welche etwas bloß deswegen gut findet, weil es neu ist, hat ihn nicht ergriffen; aber er ist auch weit davon entfernt, etwas bloß darum zu verwerfen, weil es neu ist, und er fürchtet sich nicht, das neue, das er für wahr und gut hält, selbst Menschen zu sagen, bey welchen es einer Meynung zum Vorwurf gereicht, daß sie neu ist. —

Ob der Verfasser in seinen Urtheilen, welche diese Schrift darlegt, geirrt habe, oder nicht, mögen Sachkundige entscheiden. Er erwartet Belehrung, wo er etwa geirrt hat; Verdammung glaubt er nicht verdient zu haben. —

Bürger von Württemberg!

Wir haben eine Landesverfassung, so gut, wie sie wenige Völker haben, und besser, als sie keines der an uns gränzenden deutschen Länder hat. So lange sie ungekränkt erhalten und gewissenhaft gehandhabt wird, kann keiner von uns willkürlich bedrückt, keines Wohlstand gewaltsam geschmälert werden. Es ist der Auftrag Abgeordneter, welche eigends dazu aus unsrer Mitte gewählt werden sollen, darüber zu wachen, daß uns unsre Freiheiten erhalten, und jeder von uns bey seinen verfassungsmäßigen Rechten geschützt werde. Es soll nichts Wichtiges in unsrer Staatsverwaltung vorgehen, ohne daß unsre Abgeordneten darüber befragt werden, und es kann nichts Wesentliches über uns beschlossen werden, ohne daß wir durch sie unsre Stimmen dazu gegeben haben.

Das eigentliche Heiligtum unsrer Landesverfassung, das Wichtigste unsrer Rechte ist das Recht der eignen Besteuerung, vermöge dessen uns keine willkürliche Abgaben angesetzt, und keine Steuern ohne unsre Bewilligung erhoben werden können. Es kann nicht leicht ein Mißbrauch von dem Vermögen eines Staats gemacht werden, wenn diejenige, welche es hergeben, es auch selbst verwilligen, und von der Verwendung desselben unterrichtet werden müssen.

Inzwischen könnte dieses Recht uns leicht unnütz gemacht werden, wenn die Abgeordneten, welchen
die

die Ausübung desselben übertragen wird, nicht von uns selbst und aus unsrer Mitte gewählt würden. Es ist in Ländern, wo diejenigen, welche für die Bürger sprechen sollen, nicht aus ihrer Mitte genommen, sondern durch Geburt oder andre ausserwesentliche Verhältnisse dazu berechtigt werden, und wo der Vortheil der Landstände oft mit dem Vortheil der Bürger in Streit kommen kann, eben so wenig für die Sicherheit der Bürger gegen gewaltthätige Erpressungen gesorgt, als in Ländern, wo gar niemand für sie spricht, und wo man ihnen Abgaben auflegt, ohne sie erst darüber zu fragen. —

Bürger! Ihr sehet ein, wie wichtig es für Euch sey, wenn Ihr den Auftrag und die Vollmacht ertheilet, Eure Rechte zu handhaben und zu bewahren, und wie viel Euch daran liegen müsse, daß sie in treue Hände niedergelegt werden.

Aber auch darinn seyd Ihr durch Eure Landes-Verfassung nicht eingeschränkt; sie gestattet Euch, auch darinn nach Eurer besten Einsicht zu handeln, und jeden, welcher durch Fähigkeit und Rechtschaffenheit Euer Zutrauen erworben hat, als Euren Abgeordneten in die Versammlung Eurer Stände abzuschieken. —

In den ersten Zeiten, da in Wirtemberg Abgeordnete des Bürgerstands zu Berathschlagungen über Landes-Angelegenheiten gezogen wurden, nemlich unter der Regierung des lezten Grafen Eberhards, mit dem Bart, und unter seinen ersten Nachfolgern, ein Herzogthum wurde (nebst den Prälaten) eine bald grössere bald kleinere Anzahl von Abgeordneten der Städte und Aemter zusammen berufen. In der ersten ausdrücklichen Verordnung darüber, von Herzog Ulrich im Jahr 1515 wird bestimmt, daß „von
 16

jeder Statt des Fürstenthums der Amtmann, so von der Landschaft ist" — (das heißt, wenn er kein Ritter ist, weil damals die Vogteyen oft mit Rittern besetzt wurden, die Ritter aber den Unterhandlungen der gemeinen Landschaft, besonders denen, welche die Uebernahme von Schulden betrafen, sich entzogen) — „darzu Einer vom Gericht und Einer vom Rath, uff jedes Ampts Kosten mit genugsamer Gewalt beschrieben werden.“

Wer die Geschichte und die Verfassung der damaligen Zeiten kennt, kann es sich erklären, warum gerade diese Einrichtung in Rücksicht auf die Wahl der Abgeordneten getroffen wurde. Man wollte so viel möglich unterrichtete Männer bey der Versammlung der Landstände haben, und dergleichen waren zu einer Zeit, wo es schon für ein seltenes Wissen galt, wenn man nur lesen und schreiben konnte, eben nicht häufig: unter den Gemeindevorstehern hoffte man sie noch am leichtesten zu finden. Inzwischen blieb diese Verordnung auch nicht eine unveränderliche Regel für die Wahl der Abgeordneten zum Landtag.

Schon im Jahr 1520 wurde in der sogenannten Erklärung des Tübinger Vertrags durch die damalige österreichische Regierung in Wirtemberg, so wie nachher in dem Haupt Landtags Abschied von 1629 auf Verlangen des Prälaten und Landschaft ausgemacht, daß „die Ambtleuth zun den Landtagen nit sollen beschrieben noch erfordert werden;“ ohne Zweifel aus dem natürlichen Grunde, weil man vermuthete, daß in streitigen Fällen der Auftrag, für die Rechte der Unterthanen bestens zu sorgen, mit ihren Pflichten als fürstliche Diener sich nicht möchte vereinigen lassen, —

Ich erwähne der nachherigen Veränderung jener Verordnung, daß nemlich seit geraumer Zeit jede Stadt und Amt (die Residenzen ausgenommen) einen Abgeordneten zum Landtag schickt, nur überhaupt, weil sie in Rücksicht auf das Recht der Wahl nichts entscheidet. — Schon Herzog Christoph verordnete in dem Landtags. Abschied von 1551, daß zu dem „statlichen Ausschuss von acht Prälaten und vier und zwanzig Städten,“ welcher zur Tilgung der grossen Schuldenlast ernannt werden sollte, von jeder dieser Städte „ein geschickter, verständiger Mann hiezu gewält werde, ohne den Beniaz, daß er aus Gericht und Rath seyn müsse;“ das nemliche wurde auch in dem Landtags. Abschied von 1552 ausgemacht. —

In dem Staat der landschaftlichen Ausschüsse, wie solcher bey dem Landtag von 1608 dem Herzog Johann Friedrich vorgelegt und von ihm bestätigt worden ist, wird verordnet, daß in den grösseren Ausschuss nach Erledigung einer Stelle solle geschickt werden „ein erbar, frommer, daffrer Mann, so zu der Landschaft händell und sachen erfahren und berichtet ist,“ und in den kleineren Ausschuss sollen die Glieder desselben erwählen „einen erbarn, geschickten, daffren und verständigen Mann, usser (aus den) Prälaten und der Landschaft.“ (der bürgerlichen Landeseingebohrnen.) „Er were gleich daheimen und gepürttig, usser was Clöstern oder Stätten er wollte, (dann diejenige, so zu beeden Ausschüssen gezogen *)“ mit nach den Orten sondern nach Taug-

*) S. h. ausgenommen von denen Orten nicht, von welchen schon Abgeordnete in den Ausschüssen vorhanden sind. — Diese Stelle der Urkunde scheint mir ihren richtigen Sinn erst zu erhalten, wenn die Parenthese schon

Tauglichkeit der Personen, die zuversichtlichlich zu des Herzogthums wolfarth und Uffnehmen guate Annaigung, und der Landschaft Sachen Erfahrung und bericht haben, auch eines solchen Ansehens und Vermögens seyn, daß Sie diser Verrichtung auswartten mögen. —

Was hierinn von den Mitgliedern der Landschaftlichen Ausschüsse bemerkt wird, daß nemlich dazu nur verständige und redliche Männer gewählt werden sollen, ohne ausdrücklich darauf zu sehen, daß sie gerade aus Gericht und Rath genommen werden, das muß auch von den Abgeordneten zu einem allgemeinen Landtag gelten.

Die Glieder der Landschaftlichen Ausschüsse sind bekanntlich auch Glieder des allgemeinen Landtags; zudem ist ihre Stelle, als beständige Stellvertreter des Volks noch wichtiger als der Auftrag eines Abgeordneten für einen einzelnen Fall. Wenn nun ein jeder redlicher und verständiger Bürger in die Landschaftlichen Ausschüsse gewählt werden kann, auch wenn er nicht aus einem Gericht oder Rath genommen ist, so ist es auch bey einem Abgeordneten zum Landtag nicht nothwendig, daß dazu nur ein Beysezer des Gerichts oder Rathes gewählt werde. —

Ihr sehet Bürger, aus jenen Verordnungen, daß man schon in frühern Zeiten darauf aufmerksam gewesen ist, daß die Tauglichkeit eines Abgeordneten, zum Landtag vorzüglich auf Einsicht in die Landesverfassung und Landes. Angelegenheiten, auf patriotischem Sinn, und gewissenhafter Thätigkeit für das allgemeine Beste beruhe.

Wenn

schon bey dem Worte: gezogen, nicht erst, wie gewöhnlich bey: mögen, geschlossen wird. Wie leicht war diß ein Versehen des Schreibers.

Wenn man nun in frühern Zeiten jene Einsicht allein bey Gemeindevorstehern zu finden glaubte, so fehlt es dagegen in unsern Zeiten auch ausser den Besitzern der Gerichte nicht an gut unterrichteten Leuten. Wenn man ehemals glaubte, es sey hinlänglich gesorgt, wenn ein Abgeordneter nur aus der Mitte der Gemeindevorsteher genommen werde, weil diese doch immer etwas unterrichtet seyn müßten, so liegt uns die Frage schon näher: ob nicht ausser unsern Gemeindevorstehern ein noch besser unterrichteter, ein noch thätigerer Mann für diesen Auftrag zu finden sey? —

Und wenn man damals dafür hielt, daß die Gemeinden der gewissenhaften Thätigkeit und Vaterlands-
liebe ihrer Abgeordneten beim Landtage am zuverlässigsten versichert seyn können, wenn sie dieselbe schon vorher öffentlichern Aemtern mit Redlichkeit und Uneigennützigkeit haben vorleben sehen, so ist das allerdings auch für uns ein ehrenwerther Grund, unsere Abgeordnete zunächst aus unsern Gemeindevorstehern zu wählen, wenn wir diese als rechtschaffene, auf das allgemeine Beste aufmerksame und freymüthige Männer kennen gelernt haben. Wenn wir aber in diesen Rücksichten etwas an ihnen aussetzen haben sollten, wenn unser Zutrauen auf andre Männer gerichtet ist, welche allgemein für wahre Patrioten anerkannt werden, so hält uns nichts ab, unsern Zutrauen zu folgen, und Abgeordnete zu wählen, welche auch nicht aus Gericht und Rath sind. — Bürger! Es ist herkömmlich, daß die Abgeordneten zum Landtag von Gericht und Rath, mit Zuziehung der Amtschultheißen gewählt werden.

Es ist herkömmlich; — ist es darum auch rechtlich notwendig? Haben die Gemeindevorsteher ein ausschließendes Recht zu dieser Wahl etwa darum,
weil

weil sie vielleicht die Abgeordneten in ihrem Namen senden? — oder erscheinen die Abgeordneten im Namen der gesammten Landschaft, d. h. aller Stadt- und Amts-Einwohner? — Wenn durch die Versammlung der Abgeordneten Freiheiten bestätigt und Rechte festgesetzt werden, gelten diese nur für die Gerichte und Gemeindevorsteher? Gelten sie nicht vielmehr für alle Bürger, weil sie in aller Namen erworben und bestätigt sind? wenn Abgaben übernommen werden, werden sie nicht auf alle Bürger umgelegt, weil sie in aller Namen übernommen sind? — Es ist klar, daß die Abgeordnete zum Landtag Stellvertreter nicht bloß der Gemeindevorsteher, sondern aller Bürger sind, denn für alle und in aller Namen handeln und beschliessen sie.

Nun ist es rechtmäßig und im bürgerlichen Leben auch üblich, daß derjenige, von welchem ein anderer abgeordnet wird, seinen Abgeordneten auch selbst wähle, und es gilt in ordentlichen Fällen niemand für einen Abgeordneten eines andern, wenn er nicht von diesem selbst bevollmächtigt ist. Auch die Wahl der Abgeordneten zum Landtage, eine der wichtigsten, steht Euch, den gesammten Bürgern zu; es sind Eure, und zwar Euer aller Abgeordnete. — Aber habt Ihr nicht vielleicht dieses Recht der Wahl Euren Gerichten auf immer übertragen? — Ich sage nichts davon, daß Ihr es in diesem Fall wieder zurück nehmen könntet, weil Rechte, welche auf eines jeden Person beruhen, einem andern nie ganz eigen werden können; ich frage nur: Wann habt Ihr Euch dieses Rechts der eigenen Wahl Eurer Abgeordneten ausdrücklich auf immer begeben? — wenn man Euch das nicht sagen kann, so ist es noch Euer, und Ihr tretet in den vollen Besiz desselben, sobald Ihr anfangt, es auszuüben. —

Wollt

Wollt Ihr aber Euren Gemeindevorstehern und Gerichten diese Wahl freywillig überlassen, — gut! so werden diese so gerecht seyn, bey ihrer Wahl und bey ihren Vollmachten darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie für Euch wählen, und daß der Abgeordnete für Ihr und Euer gemeinsames Bestes zu sorgen habe. —

Es ist herkömmlich (doch das nicht ohne alle Ausnahme) daß die Abgeordneten zum Landtag aus der Mitte der Gemeindevorsteher selbst gewählt werden.

Ist es aber auch in allen Fällen nothwendig? Ist es in allen Fällen Flug? —

Rufen die wesentlichen Eigenschaften, welche über die Tauglichkeit eines Abgeordneten zum Landtag entscheiden müssen, Kenntniß der Landes-Angelegenheiten, Thätigkeit und Patriotismus allein oder doch vorzüglich über den Stühlen eines Gerichts und Raths? — Kann ein Gemeindevorsteher nicht mit den Angelegenheiten seiner Stadt oder seines Dorfs recht gut bekannt, und doch in dem, was die ganze Staatsverwaltung betrifft, ziemlich unwissend seyn? Kann er nicht in dem gewöhnlichen Gerichtsgang erfahren, und doch für außerordentliche, die ganze Landesverfassung und Landesrechte betreffende Fälle nicht genug unterrichtet seyn?

Es ist doch etwas ganz andres, die Angelegenheiten eines ganzen Volks selbst in außerordentlichen Fällen zu überschauen, und zu berathen, als bloß für die Angelegenheiten eines einzelnen Orts in den gewöhnlichen Fällen zu sorgen. — Und kann nicht zuweilen selbst das Alter, in welchem Eure Gemeindevorsteher gewöhnlich stehen, der für einen Abgeord-

ordneten zum Landtag nöthigen Thätigkeit und Entschlossenheit hinderlich werden? laßt sie in solchen Fällen ihre mehrjährigen Erfahrungen benutzen, um gütliche und auf das allgemeine Beste abzweckende Vollmachten auszufertigen; — und schickt einen jüngeren Mann, um dem, was jene klug gedacht, thätig Wirksamkeit zu geben. —

Ich habe oben gesagt, daß man ehemals aus Mangel an unterrichteten Männern die Wahl der Abgeordneten zum Landtag auf die Gemeindevorsteher eingeschränkt habe. Dieser Umstand hat sich mit der Zeit geändert, und wir sind darüber nicht in Verlegenheit bey unsrer Wahl, denn es fehlt uns dazu nicht an gehörig unterrichteten Männern. Ihr habt vielleicht einen Stadt- oder Amtschreiber, zu dessen Kenntnissen, Rechtschaffenheit und Thätigkeit Ihr Zutrauen habt; oder einen Rechtsgelehrten, welchen Ihr als einen geschickten — und rechtschaffenen Mann kennt; *) oder selbst einen Eurer Geistlichen, zu welchem Ihr auch in dieser Hinsicht Zutrauen habt, und welcher in diesem Fall nicht als Geistlicher, sondern als Bürger zu betrachten ist, was er nach unsrer Verfassung auch bey seinem Berufe nie aufhört zu seyn; oder einen gut unterrichteten Schreiber; oder einen Arzt; oder einen Kaufmann (wenn diese ihre Geschäfte nicht abhalten); oder irgend einen braven Bürger, welche Handthierung er treibe.

Wählt einen solchen Mann, wenn er ein Patriot und der Landesfachen vorzüglich kundig ist, und wenn man strenge über den Buchstaben mit

Euch

*) Sollte nicht auch besonders auf Lübingsche Professoren, Männer welche zu diesem Geschäft vorzüglich tüchtig und würdig, und nicht als fürstliche Diener zu betrachten sind, Rücksicht genommen werden? —

Euch rechten und keinen für einen Abgeordneten gelten lassen wollte, der nicht Mitglied eines Gerichts oder Rathes ist, was hindert Euch, in diesem Fall einen solchen Mann zugleich in Euer Gericht oder Rath aufzunehmen? Es muß ein braver Mann seyn, sonst hättet Ihr ihn nicht zu Eurem Abgeordneten zum Landtage gewählt; — wird er nicht auch außerdem Eurem Gericht und Rath, wenigstens als Ehrenmitglied, gut anstehen? —

Einer der Hauptgründe, warum die fürstlichen Beamten schon ehemals von den Landtagen ausgeschlossen wurden, war wol der, daß vielleicht über sie selbst manche Beschwerden des Volks geführt wurden, und sie da nicht als Stellvertreter desselben auftreten konnten, da der, gegen welchen eine Klage gerichtet ist, sie doch nicht selbst vortragen soll. — Wie? wenn vielleicht bey uns hie und da in Beziehung auf unsre Gemeindevorsteher der nemliche Fall wäre?

Wenn wir mit ihnen hie und da unzufrieden wären? wenn sie unser Zutrauen verlohren hätten? — Sollten wir in einem solchen Fall doch gebunden seyn, aus ihrer Mitte unsern Abgeordneten zum Landtag zu wählen? Könnten wir ihm auftragen, Beschwerden vorzutragen, welche vielleicht ihn selbst trafen? — Es muß uns frey stehen, wenn wir versichert seyn sollen, daß unsre Angelegenheiten durch unsre Abgeordneten gut berathen werden, sie nach eigner bester Einsicht zu wählen, und jeder redliche und verständige Bürger muß dazu gewählt werden können.

Es ist widersprechend, daß ein Volk Abgeordnete als die seinigen anerkennen soll, wenn sie ohne seine Beystimmung ernannt werden; und wenn ihm
Ab.

Abgeordnete aufgestellt werden, über deren Fähigkeit und Redlichkeit nicht sein eigenes Zutrauen entscheidet, so kann es um nichts beruhigter seyn, als wenn es gar keine hätte. —

Entscheidet Euer Zutrauen bey der Wahl eines Abgeordneten zum Landtag, für einen Eurer Gemeindevorsteher, — desto besser! so wird das Herkommen beobachtet, ohne daß Euren wesentlichen Rechten und Eurer Zuversicht Abbruch geschieht; entscheidet aber Euer Zutrauen für einen andern, so gereiche es ihm und Euch nicht zum Vorwurf, daß er nicht Einer des Gerichts oder des Rathes ist; — genug, wenn er ein redlicher und verständiger Mann ist. —

Bürger von Württemberg!

Wir sind der Eröffnung eines Landtags nahe. Die Veranlassung dazu ist allerdings traurig, und die Last, über deren billige Vertheilung Sich unser Fürst mit unsern Abgeordneten berathschlagen wird, drückend. Lasset darum den Muth nicht sinken! —

Auf der einen Seite steht ein Fürst, der Sein Volk liebt und die Rechte Seines Volks ehrt; wenn auf der andern Seite Eure Abgeordnete als Männer von Einsicht und warmen Eifer für das Wohl des Vaterlandes gewissenhaft für das allgemeine Beste Sorge tragen, so werden die vereinten Bemühungen des Fürsten und der Stände den Schaden, der freylich immerhin empfindlich seyn wird, wenigstens erträglich machen. Es ist kein geringes und unbedeutendes Geschäft, das Ihr ihnen übertragt, und je wichtiger die Angelegenheiten sind, welche durch sie ausgemacht werden sollen, desto an-
gele,

gelegener ist es für Euch, sie Männern zu übergeben, von welchen sie gut besorgt werden.

Wählet gut; Ihr wählet für Euch selbst, wählet die würdigsten, fähigsten, redlichsten. Sie werden sich geehrt finden durch Eure Wahl; denn sie wird, wenn nicht das Herkommen, wenn Euer Zutrauen entscheidet, eine öffentliche Erklärung ihrer Vorzüge und Eurer Achtung seyn. Ihre Sandlungen werden Eure Wahl rechtfertigen, — und der Dank des Vaterlands wird ihre Vaterlandsliebe belohnen! —

Nachschrift
zu den
Gedanken über die Wahl der Abgeordneten
zum Landtag.

Da der Verfasser wegen der Entfernung des Druckorts die Korrektur nicht selbst besorgen konnte, so haben sich einige Druckfehler eingeschlichen, welche er möglichst bald anzeigen zu müssen glaubt, um besonders Mißdeutungen, welche aus einem derselben entstehen könnten, zuvorkommen.

S. 3. in der fünften und sechsten Zeile der Vorerinnerung hieß es in der Handschrift des Verf. eine Forderung der Klugheit; dafür ist, er weißt nicht wie? — gesetzt worden: eine Forderung der Freyheit. — Er protestirt feyerlich gegen diese Veränderung —

S. 3. in der sechsten Zeile von unten muß es heißen wichtiger statt richtiger.

S. 6. Zeile 5 von unten lese man: im Herzogthum statt ein Herzogthum.

S. 8. Z. 5 v. unten l. den bürgerl. Landeseingesessenen, statt der b. L.

S. 9. Z. 2 v. oben l. guete st. guate

S. 9. in der letzten Zeile der Note l. war da statt: war diß.